



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/60 - 12. März 1956
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 033 890

Abrüstung und Wiedervereinigung	S. 1
Wandlungen bei den Vertriebenen	S. 3
<u>Anhang:</u> Beschlüsse und Entschliessungen der leitenden SPD-Körperschaften	
Dokumentarisches zum Fall Globke	

Die Gefahr der Beibehaltung des Status quo

sp. Dass man heute am Beginn eines neuen Entwicklungsabschnittes in der internationalen Politik steht, ist nicht mehr zu übersehen. Viel ist in Bewegung geraten, die Fronten haben sich gelockert, politische Angriffe auf die Festung verhärteter Meinungen und ganz vorwiegend militärischer Denkkategorien erfolgen aus verschiedenen Richtungen.

Jetzt hat sich auch, mit einiger Verspätung, der Bundeskanzler dieser Entwicklung anzupassen versucht. Er hat sich am Wochenende vor seiner Partei nachdrücklich für die Unterstützung aller Bemühungen um die Abrüstung eingesetzt. In Verbindung damit sollten die Voraussetzungen für die deutsche Wiedervereinigung geschaffen werden.

Auf den ersten Blick muss auffallen, dass hier eine neue Verbindung - die von notwendiger Abrüstung mit der Frage der deutschen Einheit, die bisher von dieser Seite nur sehr gelegentlich anklang - an die Stelle jenes Zusammenhanges tritt, der Jahre hindurch die Aussenpolitik der Bundesregierung bestimmt hat, die deutsche Wiedervereinigung nur als Ergebnis der wachsenden militärischen Stärke des Westens anzustreben. Auf dieser Konzeption, die sich im Lichte der heutigen Tatsachen als sehr brüchig erwiesen hat, beruhte die einseitige militärische Anlehnung Bonns an das System der NATO. Angesichts dieses auffälligen Wechsels muss die Frage erlaubt sein, ob es sich bei der neuen politischen Empfehlung des Kanzlers um einen wirklichen Sinneswandel handelt oder nur um die taktische Anpassung an eine offenkundige und tiefgehende Strömung

in der internationalen Politik, der sich selbst Bonn nicht entziehen kann.

Die nun beginnende Phase neuer Abrüstungsgespräche wird aus vielen Gründen ein langer und schwieriger Prozess sein. Deshalb wird es sehr darauf ankommen, ob diese zeitraubenden Verhandlungen als ein isoliertes Problem ansieht, oder ob man es, wie es allein richtig wäre, im Zusammenhang mit anderen entscheidenden Fragen, wie der deutschen Wiedervereinigung und der europäischen Sicherheit, sieht und behandelt. Eine Vereinbarung über die allgemeine Abrüstung allein, die sich auch auf die Rüstung in beiden Teilen Deutschlands erstreckt, würde nur den Status quo, d.h. die Spaltung Deutschlands bestätigen und verhärten. Damit würde auch einer von den vielen Gründen der Spannung, die die Weltmächte an den Verhandlungstisch führen oder geradezu zwingen, bestehen bleiben.

Es muss also das Ziel der deutschen Politik sein, darauf zu achten, dass eine Vereinbarung über die Abrüstung ein Abkommen über das Ausmass von Rüstungen nicht der beiden Teile Deutschlands, sondern eben eines wiedervereinigten Deutschlands im Rahmen eines kollektiven Sicherheitssystems einbezieht. Es wäre gefährlich, auf dem Wege zu diesem Ziel ein System starrer Reihenfolgen und unbedingt einzuhaltender Prioritäten zu schaffen. Da man aber andererseits natürlich nicht alles mit einmal machen kann, zumal es sich um ganz ungewöhnlich komplizierte Probleme handelt, wird es sehr wesentlich auf die richtige Akzentsetzung in der kommenden Verhandlungsphase ankommen, auf eine stufenweise Regelung, wobei man versuchen muss, jeweils Fortschritte auf diesem mit Vorstössen auf einem anderen Gebiet in eine fruchtbare Wechselwirkung zu bringen.

Im Hinblick darauf, dass die Bundesregierung in den ganzen letzten Jahren eine Politik getrieben hat, die das Ziel der Wiedervereinigung von einer Abrüstungsforderung direkt widersprechenden Position aus anstrebte, muss man ihre Fähigkeit anzweifeln, nun plötzlich, unter dem Druck fremder, nicht eigener Erkenntnisse, den entgegengesetzten Weg zu gehen und durchzuhalten. Im Unterschied dazu ist die Opposition in der Bewertung der Möglichkeiten, wieder zu einer deutschen Einheit zu kommen, immer konsequent von der dringenden Warnung vor einer militärisch einseitig betonten Politik der Stärke ausgegangen, die heute als alleiniges Mittel, die Sowjetunion zum Nachgeben in der deutschen Frage zu veranlassen, ihre Zugkraft so gut wie ganz verloren hat.

Ein Blick in den BvD

-dt, Hannover, im März

"Es ist nicht wahr, dass Adenauer auf Stimmenfang hierhergekommen ist, er kam als Bundeskanzler." Mit diesen Worten nahm am 17. November 1951 in einem Hanomag-Saal in Hannover bei der Gründung des Bundes der vertriebenen Deutschen dessen Vorsitzender, Dr. Linus Kather, damals Bundestagsabgeordneter der CDU, den Bundeskanzler in Schutz, als dieser, stürmisch begrüsst, zur Gründungstagung nach Hannover kam und von Kather in der Saal geleitet wurde.

Jetzt fand, viereinhalb Jahre später, die zweite Bundestagung, wieder in Hannover, statt. "Wir tagen hier, ohne die Ehre zu haben, dass wir ein Mitglied der Bundesregierung unter uns haben. Das ist symptomisch für die Haltung der Bundesregierung unserem Verband gegenüber." Diese Worte stammen aus dem Munde desselben Linus Kather, diesmal Abgeordneter des BHE. Sie umschrieben die nicht geheimgeliebene Tatsache, dass Bundesinnenminister Schroeder durch einen Beschluss des Bundeskabinetts verhindert wurde, Kathers Einladung nach Hannover zu folgen. Das BvD-Verbot für Prominente erstreckte sich auch auf den niedersächsischen Ministerpräsidenten Hellwege. Auch er mußte aus der Rednerliste gestrichen werden. Nicht weniger als drei verschiedene Begründungen wurden dafür aus seiner Umgebung serviert.

Schliesslich sei ein dritter Ausspruch von Linus Kather, vom 17. November 1951 stammend, zitiert: "Wir sind uns klar darüber, dass wir die Parteien, die beim BvD nicht zum Zug gekommen sind, in irgend einer Form heranziehen müssen. Das ist die SPD und der BHE." Dafür sah man jetzt anstelle von Adenauer und Seebach, die sich 1951 ins BvD-Rampenlicht setzten, als Referent der Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willi Brandt (SPD), und den neuen Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Luchtenberg (FDP). Und als diesmal bei der Eröffnung die Ehrengäste begrüsst wurden, hatte den stärksten Applaus der bisherige Ministerpräsident Hinrich Kopf, der noch vor drei Jahren eine organisierte Demonstration der schlesischen Landsmannschaften über sich hatte ergehen lassen müssen.

Nichts zeichnet den Wandel der Vertriebenen-Dinge schärfer als eine Gegenüberstellung der beiden Tagungen und der markantesten

dabei gefallenem Aussprüche. Zwischen dem November 1951 und dem März 1956 liegen eine Bundestagswahl, zwei verschlossene Bundesvertriebenenminister, der Lastenausgleich, das "deutsche Wunder", die Pariser Verträge und als Ergebnis aller dieser Ereignisse die beklemmende Erkenntnis, dass man in der Wiedervereinigungspolitik nicht vorwärtsgekommen, sondern erheblich zurückgefallen ist.

Geblieben ist in diesem Wandel Dr. Linus Kather. Damals wie heute ist er Vorsitzender des BvD, freilich mit ausgewechseltem Parteibuch. Die 1951 zum BvD zusammengeschlossene Gemeinschaft zwischen Z.v.D. (Zentralverband der vertriebenen Deutschen) und VOL (Verband ostdeutscher Landsmannschaften) war nicht von langer Dauer; man hat sich bis heute nicht wieder einigen können, weil der BvD vor allem durch Kather näher an den BHE gebracht wurde, während die Spitzenmänner der meisten Landsmannschaften sich einstweilen noch zur CDU hingezogen fühlen.

"Pflicht zur Neutralität", sagt Dr. Kather

Der BvD hat an seiner Spitze drei BHE-Parlamentarier: Dr. Kather, Dr. Mecker und Hellmut Goessing. Das werde sich ändern, kündigte Kather in Hannover an. Er liesse sich nicht in die Karten schauen, wie die Veränderungen aussehen werden, er sprach nur von der Pflicht zur Neutralität, weil die verschiedenen Wahlen gezeigt hätten, dass nur ein Teil der Vertriebenen und Flüchtlinge zum BHE halte. Man kann also erwarten, dass das Präsidium des BvD - noch in diesem Frühjahr sollen Vorstandswahlen stattfinden - bald anders aussehen wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang Kathers Feststellung, dass der BvD zur Zusammenarbeit mit der Regierung wie mit der Opposition bereit ist: Kather hat sich damit geschickter benommen als die Bundesregierung, die einer Organisation mit 1,5 Millionen Mitgliedern, mit den Angehörigen rund vier Millionen Bundesbürger, brüsk die kalte Schulter gezeigt hat.

Ein Ereignis hat, wie die Tagung zeigte, allen BvD-Männern Auftrieb gegeben: dass bei den Wahlen in Baden-Württemberg überall dort, wo Kraft und Oberländer als die vom Kanzler legitimierten Vertriebenen-Sprecher (daher wahrscheinlich fehlte der Bundesinnenminister in Hannover) auftraten, der BHE an Stimmen gewann. Die Genugtuung darüber schlug sich in einem unter starkem Beifall vorgelegten Entschliessungsantrag nieder, Oberländer möge als Vertriebenenminister zurücktreten, weil er jedes Vertrauen der Heimatvertriebenen verloren habe. Aber obwohl andere Entschliessungen die Regie passierten, wurde über diesen Antrag nicht abgestimmt. Er wurde aus formalen Gründen der Verbandsführung als Material zugeleitet.

+ - +

Verantwortlich: Peter Raunau

Vor einem neuen Abschnitt der internationalen
und der deutschen Politik

K o m m u n i q u é über die Tagung von PV,
PA und KK in Bergneustadt am 9. - 11. März 1956

In einem besonders entscheidungsvollen Augenblick der internationalen und der innerdeutschen Entwicklung tagten vom 9. bis 11. März in Bergneustadt die leitenden Körperschaften der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission.

Der Vorsitzende der Partei, Erich Ollenhauer, gab zunächst einen umfassenden Überblick über die seit dem Herbst vorigen Jahres eingetretenen wichtigen Änderungen in der Beurteilung der Möglichkeiten, den Gegensatz zwischen den Westmächten und der Sowjetunion abzubauen. Dieser Auflockerung der internationalen Situation entspreche die Tatsache, dass seit einiger Zeit auch die Politik in der Bundesrepublik so stark in Bewegung geraten ist, wie noch nie seit dem Jahre 1949. Auf beiden Gebieten stehe man heute vor einem ganz neuen Entwicklungsabschnitt, der gebieterisch verlange, dass man den bisherigen verhängnisvollen Zustand der Erstarrung überwinde. Die Passivität der Bundesregierung, besonders in der Wiedervereinigungsfrage, bezeichnete Erich Ollenhauer als unerträglich.

Die Führungsgremien der Partei nahmen einstimmig eine Entschliessung an, die die Haltung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Frage der Grundgesetzänderung in der Wehrgesetzgebung billigt und die sich gegen das von der Bundesregierung vorgelegte Wehrpflichtgesetz richtet. Eine weitere Entschliessung wendet sich scharf gegen die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen der politischen Gefangenen in der sowjetisch besetzten Zone und verlangt ihre schnellstmögliche Freilassung.

In einer ersten Stellungnahme zum 20. Kongress der KPdSU wurde festgestellt:

Wenn die auf dem Parteitag der KPdSU an der stalinistischen Politik geübte Kritik ernst genommen werden soll, erwartet die SPD daraus die

praktische Schlussfolgerung für die kommunistische Haltung gegenüber dem deutschen Volke. Die Anerkennung des Grundsatzes der Nichteinmischung in die nationalen Angelegenheiten ist unvereinbar mit der Aufrechterhaltung des Diktaturregimes in der Sowjetzone. Die Sozialdemokratische Partei erklärt, dass die Entschliessung des Generalrats der Sozialistischen Internationale auf seiner letzten Tagung in Zürich sich auch uneingeschränkt auf das SPD-Regime in der Sowjetzone und die kommunistischen Organisationen sowohl in der Zone wie in der Bundesrepublik bezieht. Sie lehnt jede Zusammenarbeit mit diesen Organisationen und den Repräsentanten der Diktatur in Mitteldeutschland ab.

Kurt Conrad, Vorsitzender der SPD-Saar und Arbeitsminister der Saar-Regierung, sowie Herbert Wehner berichteten über den letzten Stand der zwischen der Bundesregierung und der französischen Regierung geführten Verhandlungen über die Saar, die sich auf die politische Eingliederung des Saargebietes in die Bundesrepublik und auf die wirtschaftlichen Forderungen Frankreichs in diesem Zusammenhang beziehen.

Erwin Schoettle gab einen Rückblick auf die Wahlen zum Landtag in Baden-Württemberg.

Walter Menzel unterrichtete die Versammlung über den letzten Stand der Beratungen im Wahlrechtsausschuss des Bundestages zum Wahlgesetz für 1957. Für die Haltung der SPD in dieser Frage wird dabei entscheidend bleiben, dass das Grabensystem endgültig fallengelassen wird, das neue Gesetz auf der Grundlage des Wahlgesetzes von 1953 ruht und Berlin voll in diese kommende Bundestagswahl einbezogen wird.

Nach einstimmigem Beschluss von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission wird der nächste Parteitag vom 10. bis 14. Juli in München in der Kongresshalle des Deutschen Museums stattfinden.

Das politische Hauptreferat des Parteitages zum Thema "An der Wende der deutschen Politik" wird der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer halten. Zwei weitere Referate werden sich mit der "Zweiten industriellen Revolution", d.h. vor allem mit der Analyse und den Schlussfolgerungen des beginnenden Atomzeitalters befassen. Als Redner sind vorgesehen: Professor Leo Brand und Professor Carlo Schmid.

SPD und Wehrgesetzgebung

E n t s c h l i e s s u n g

Partei Vorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands billigen die Haltung der Bundestagsfraktion im Kampf gegen die Wehrgesetze als Folgegesetze der Pariser Verträge. Die Sozialdemokratische Partei hält die Aufstellung von zwei deutschen Armeen in einander feindlich gegenüberstehenden Militärblöcken für ein Unglück für unser Volk. Die Spaltung Deutschlands wird dadurch weiter vertieft und die Aussicht auf ihre Überwindung verringert.

Die leitenden Körperschaften der SPD stellen mit Nachdruck und Genugtuung fest, dass die Bundestagsfraktion in zäher Arbeit gegen den Widerstand des Bundeskanzlers jene Ergänzungen des Grundgesetzes durchgesetzt hat, welche die junge Demokratie und jeden einzelnen Staatsbürger vor einem Misbrauch der militärischen Macht schützen sollen.

Angesichts der seit März 1954 gegen die SPD in das Grundgesetz eingefügten Möglichkeit der Bewaffnung sogar auf der Grundlage der Wehrpflicht darf die Bundestagsfraktion nicht nachlassen, bei der gegen ihren Willen beschlossener Aufstellung der Bundeswehr um ein Höchstmass an ziviler Leitung, parlamentarischer Kontrolle und Wahrung der Menschenwürde zu kämpfen.

Die Sozialdemokratische Partei widersetzt sich dem von der Bundesregierung vorgelegten Wehrpflichtgesetz, weil es in besonders unheilvoller Weise die Spaltung unseres Landes vertieft, die menschlichen Verbindungen der Deutschen diesseits und jenseits der Zonengrenze völlig zu unterbrechen droht und die jungen Staatsbürger in schwere Gewissenskonflikte stürzt.

Die Parteikörperschaften haben darüber hinaus den Sicherheitsausschuss beim Parteivorstand beauftragt, sorgfältig zu prüfen, wie weit die Vorstellungen der Bundesregierung über die allgemeine Wehrpflicht überhaupt dem gegenwärtigen Stand der politischen und technischen Entwicklung entsprechen.

+ + +

Bergneustadt, 10. März 1956

12. 3. 1956

Um die politischen Gefangenen in der SBZ

E n t s c h l i e s s u n g

Mit wachsender Besorgnis weist der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen der politischen Gefangenen in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands hin.

Nach dem Verbot des Paketempfanges hat sich die Ernährung der Gefangenen bedeutend verschlechtert. Der Mangel an warmer Kleidung, Decken und Heizung hat zu schweren gesundheitlichen Schädigungen geführt.

Während ein Teil der politischen Gefangenen aus der Sowjetzone in die UdSSR verbracht und dort inzwischen amnestiert worden sind, hält das SED-Regime die politischen Gefangenen, die aus gleichen Gründen und zur gleichen Zeit verurteilt wurden, weiter gefangen und versagt ihnen die Amnestie.

Die Sozialdemokratische Partei fordert die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetzone und appelliert an alle Deutschen und an die Weltöffentlichkeit, sich für die Freilassung der 20.000 politischen Häftlinge einzusetzen, die in der Sowjetzone eingekerkert wurden, weil sie sich gegen den stalinistischen Terror wehrten und für die politischen Grundrechte eingetreten sind.

Bergneustadt, 10. März 1956

+ + +